

Die Zeitbombe Invalidität tickt und tickt

In der Krise werden immer mehr Arbeitnehmer invalid – oft real, oft vom Arbeitgeber so deklariert. Für Pensionskassen kommt das zur Börsenkrise hinzu – massiv steigende Prämien sind die Folge.

Von **Romeo Regenass**

2002 zahlte ein 56-jähriger Bauarbeiter mit 78 800 Franken Jahreslohn 6180 Franken an Pensionskassenprämien; den gleichen Betrag zahlte auch sein Arbeitgeber ein. Dieses Jahr müssen beide 17 Prozent mehr zahlen, was beim Arbeiter jeden Monat 86 Franken Lohnneinbusse ausmacht. Richtiggehend explodiert ist die Prämie für den Risikoteil: Für die Absicherung gegen Invalidität und Tod zahlt der Bauarbeiter dieses Jahr 47 Prozent mehr als 2002.

Das Zahlenbeispiel des VZ Vermögenszentrums ist ein Schocker. Aber es ist kein Einzelfall, sondern typisch für die Baubranche und andere Wirtschaftssektoren, die vom Phänomen Invalidität überdurchschnittlich betroffen sind. «In der Krise schnellen die Invalidenleistungen in die Höhe, weil sich vor allem kurz vor der Pensionierung entlassene Arbeitnehmer auf Kosten der staatlichen Invalidenversicherung und der Pensionskasse invalide schreiben lassen oder vom Arbeitgeber dazu getrieben werden», sagt Othmar Erni vom VZ Vermögenszentrum in Zürich. In der Folge steigen auch die Prämien.

Der Beweis, dass eine Firma ihre Leute zu Invaliden stempelt, um Entlassungen zu vermeiden, ist zwar schwierig zu führen. Doch bei der SBB scheint die Praxis in der Vergangenheit gang und gäbe gewesen zu sein: Laut einem Bericht des Magazins «Weltwoche» hat die SBB-Pensionskasse bis vor kurzem sogar Invalidenrenten an ehemalige Arbeitnehmer ausbezahlt, die von der staatlichen Invalidenversicherung nicht als IV-Rentner anerkannt waren. Noch heute zählt die SBB-Kasse mit einem Invaliden auf zwölf Aktive überdurchschnittlich viele Frührentner.

Immer mehr invalide Menschen

Tatsache ist: Innert zehn Jahren ist die Wahrscheinlichkeit, invalid zu werden, in der Schweiz von 3,2 auf 4,9 Prozent gestiegen. Kurz vor der Pensionierung erhält inzwischen jeder fünfte Mann eine IV-Rente. Über die Gründe kann man nur spekulieren, aber der Stress durch den zunehmenden Druck am Arbeitsplatz ist sicher einer davon. Dazu passt, dass heute psychische Erkrankungen als häufigste Ur-

sache für die Invalidität angegeben werden; früher wurden die meisten Renten auf Grund von Beschwerden an Knochen und Bewegungsorganen bewilligt. Doch die Invaliditätsrate ist nicht überall gleich hoch: Wer das Pech hat, auf dem Bau, in der Gastronomie oder im Pflegebereich zu arbeiten, muss deutlich mehr in seine Pensionskasse einzahlen als ein Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor, der deutlich weniger invalide aufweist. Kommt der Arbeitgeber im brancheninternen Vergleich zudem auf überdurchschnittlich viele Invalide, ist der Prämienchock noch dramatischer.

Das Bundesamt für Privatversicherung (BPV) spricht auf seiner Homepage von «geeigneten Instrumenten, um die richtigen Anreize zu schaffen, ohne die Solidarität unter den Versicherten vollständig preiszugeben». Der VZ-Experte Othmar Erni hingegen warnt vor einer Entsolidarisierung der Gesellschaft: «Mit der Einführung der Branchentarife hat man sich vom Prinzip der solidarischen Versicherung entfernt. Diese unumkehrbare Tendenz markiert das Ende der zweiten Säule als Sozialversicherung.» Zu Ernis These passt, dass das BPV dieses Bonus/Malus-System der Pensionskassen mit der Autohaftpflicht vergleicht, wo das System seit den 60er-Jahren praktiziert werde.

Doch Pensionskassen und Sammelstiftungen reagieren auch in anderer Form auf die steigende Zahl Invaliden. Zusammen mit Arbeitgebern und der Zürcher Firma SIZ Care zum Beispiel versuchen sie, Arbeitsunfähige möglichst rasch wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren. «Je länger man diese Leute sich selber überlässt und sie den Eindruck erhalten, der Arbeitgeber interessiere sich nicht für sie, desto höher wird das Risiko, dass sie dauernd erwerbsunfähig bleiben», sagt Roland Kaufmann von Servisa, der Sammelstiftung der Kantonalbanken. Den Arbeitgebern werde auch klargemacht, dass sie durch solche Massnahmen die Höhe ihrer Pensionskassenprämien mitbestimmen könnten.

«Unsere Mitarbeitenden besuchen die Leute zu Hause, und zwar angemeldet», sagt Thierry Burgherr, Geschäftsführer von SIZ Care. «Bei der Betreuung der Arbeits-

unfähigen können oft Wege für eine Eingliederung gefunden werden, wenn jemand den Anstoss dazu macht, denn die Einkommensverhältnisse als Rentner sind oft viel schlechter als dies die Betroffenen vermuten. Auch die Unternehmen hätten ein grosses Interesse daran, Arbeitsunfähige wieder in die Arbeitswelt zu integrieren. «Auf Grund der hohen Invaliditätsrate erhalten Firmen aus der Baubranche, dem Gastgewerbe oder Spitaler und Pflegeheime, die sich einer Sammelstiftung anschliessen wollen, zurzeit nur mit Mühe überhaupt eine Offerte», weiss Burgherr.

Freie Hand, um Prämien zu erhöhen

In der Tat: Diverse Versicherer haben das ehemals profitable Geschäft bereits aufgegeben, andere – wie etwa die Allianz – gehen keine neuen Verträge ein, bis das Bundesamt für Privatversicherung neue Tarife bewilligt hat. Die «Zürich» wird laut der «Sonntagszeitung» Mitte Juni sämtliche Verträge kündigen, die auf Ende Jahr auslaufen. Sie will freie Hand haben, um die Prämien nach oben anpassen zu können – oder gar kein neues Angebot mehr machen zu müssen.

«Einige Anbieter haben sich zwar nicht offiziell abgemeldet, aber sie machen ihr Angebot mit schlechten Bedingungen oder hohen Prämien unattraktiv», weiss auch VZ-Experte Othmar Erni. Und schliesslich lassen viele auch die Muskeln spielen, so etwa die Helvetia Patria: Sie zeigt laut Erni oft nur Interesse an einem neuen Vertrag, wenn mit der beruflichen Vorsorge gleich das ganze Versicherungsportfolio des Antragstellers auf die Versicherung übergeht.